

Maier distanziert sich im Kabinett von Personalie

Umweltstaatssekretär ist Beamter auf Lebenszeit

Martin Debes

Erfurt. Wie erwartet hat die Landesregierung die Ernennung von Umweltstaatssekretär Burkhard Vogel (Grüne) zum Beamten auf Lebenszeit gebilligt. Die Probezeit wurde von drei Jahren auf ein Jahr verkürzt. Vogel kommt ab sofort in den Genuss aller Ruhegehaltsregelungen. Innenminister Georg Maier (SPD) ging vorsichtig auf Distanz.



Burkhard Vogel ist Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Energie, Naturschutz.

PETER RIECKE

Er erklärte in einer Protokollnotiz, dass zwar „alle beamtenrechtlichen Voraussetzungen“ für die Ernennung vorlägen. Aber: „Im Hinblick auf die politische Opportunität bestehen unterschiedliche Auffassungen.“ Die CDU kritisierte die Personalie erneut als „unsensibel“.

Darüber hinaus bestätigte das Landeskabinett Kathi Seefeld als neue Regierungssprecherin. Sie leitet auch die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit in der Staatskanzlei.

Einstellung der Sprecherin ohne Ausschreibung

Die studierte Journalistin (58) hatte für die frühere FDJ-Zeitung „Junge Welt“ und später als Sprecherin von PDS und Linke im Berliner Abgeordnetenhaus gearbeitet. Von 2017 bis Frühjahr 2023 war sie Vize-Sprecherin des rot-rot-grünen Senats.



Kathi Seefeld wird zum 1. August neue Sprecherin der Thüringer Landesregierung.

STAATSKANZLEI (TSK)

Seefeld ersetzt Falk Neubert, der unter einer langwierigen Krankheit leidet. Ministerpräsident Bodo Ramelow habe dem bisherigen Sprecher für seinen „großen Einsatz“ gedankt, sagte Staatskanzleiminister Benjamin Hoff (beide Linke).

Die neue Sprecherin sei als Angestellte aus der Berliner Verwaltung abgeordnet, sagte Hoff. Es habe ein Auswahlverfahren stattgefunden; auf die bei dieser Position nicht zwingend vorgeschriebene Ausschreibung sei verzichtet worden. Die CDU kritisierte: „Das hat mit Bestenauslese nichts zu tun.“

„Verblüffende Verblendungen“

Für den Soziologen Raj Kollmorgen ist die AfD nicht das Kernproblem der deutschen Politik

Martin Debes

Erfurt. Der Soziologe Raj Kollmorgen, geboren 1963 in Leipzig, promovierte in Jena zu Transformationstheorien und übernahm nach seiner Habilitation in Magdeburg eine Professur an der Hochschule Zittau/Görlitz. Er forscht seit Jahrzehnten auch zum Strukturwandel in Ostdeutschland.

Herr Kollmorgen, Thüringens Linke-Ministerpräsident Bodo Ramelow beklagt eine Diffamierung von Ostdeutschen als Nazis. Das wiederum nütze nur der AfD. Einverstanden?

Weder die AfD als Partei noch ihre Wählerinnen und Wähler sind homogen. Was die Einordnung der Wählerschaft betrifft, hat aber Bodo Ramelow nur halb recht: Ich schätze, dass von der potenziellen Wählerschaft der AfD – ich sehe sie im Osten Deutschlands bei 30 bis 40 Prozent – etwa ein Drittel dauerhaft rechtsextremistisch eingestellt ist. Ein weiteres Drittel schwankt zwischen Rechtsextremismus und verschiedenen Spielarten des Populismus.

Und das letzte Drittel sind die sogenannten Protestwähler, denen die Agenda der AfD egal ist; viele kennen sie auch kaum. Das ist mitzudenken, wenn man Wahlergebnisse interpretiert – wobei sich Kommunalwahlen von Landtags- und Bundestagswahlen unterscheiden, etwa hinsichtlich der Kenntnis der Kandidaten, der Themenrelevanz oder der Mobilisierungsfähigkeit der Bevölkerung.

Aber noch handelt es sich bei AfD-Wählern um eine Minderheit.

Ja. Dreht man das Ganze kurz um, sind auch in Ostdeutschland sicher 60 bis 80 Prozent der erwachsenen Bevölkerung gegen die AfD positioniert.

Der Osten ist also kein AfD-Land, auch wenn das teilweise medial anders dargestellt wird. Die Reaktionen auf die Landratswahl in Sonneberg, da stimme ich Ramelow zu, haben hier erneut verblüffende Verblendungen bei einigen Journalisten, aber auch bei manchem Politiker der anderen demokratischen Parteien erkennen lassen. Zuweilen hörte es sich an, als sei eine verbote und keine legale politische Partei gewählt worden ...

... aber doch eine Partei, die rechtsextremistisch agiert und gegen Minderheiten agitiert. Oder?

Ich will an der AfD nichts verharmlosen. Ich wende mich nur dagegen,



Raj Kollmorgen, hier bei einer Debatte in Erfurt, forscht zum sozialen Wandel, zur postsozialistischen Transformation in Ostdeutschland, zu Eliten, Populismus und Radikalismus.

KAI MUDRA / ARCHIV

ihr gegenwärtiges Umfragehoch als politisches Kernproblem anzusehen und mit billigen Referenzen auf die gleichsam charakterlich undemokratischen Ostdeutschen zu operieren. Stattdessen empfehle ich uns allen, die Umfragedaten in das politische Gesamtbild im strukturellen und kulturellen Kontext einzuordnen.

Mit welchem Ergebnis?

Dann wird deutlich, dass die Idee, wir könnten vielleicht doch so weitermachen wie bisher, nur eben ein bisschen sparsamer, ökologischer, achtsamer, partizipativer, diverser und so weiter – dass diese Idee zum Scheitern verurteilt ist.

Damit ist die AfD zweierlei zugleich. Erstens ist sie in ihren rechtsextremistischen Teilen und mit ihrem autoritär-populistischen Nationalismus eine reale Gefahr für die demokratische Politik. Dieser Befund gilt insbesondere im Osten. Und zweitens ist sie ein Symptom für Herausforderungen des politischen Systems und der gesellschaftlichen Transformation.

Sie sehen die AfD als Zeichen eines notwendigen Umbruchs?

Ja, aber sicher eines anderen Umbruchs, als ihn sich die AfD vorstellt. Wir haben in Deutschland die sozial-ökologische Herausforderung mindestens 20 Jahre weitgehend verschlafen. Hinzu kommt die durch das Internet beschleunigte politisch-kulturelle Polarisierung: zwischen städtischen und ländlichen Sozialräumen oder zwischen liberal-kosmopolitischen und konservativ-regionalistischen Milieus, also der sogenannte neue Kulturkampf. Das alles findet vor dem Hintergrund dessen statt, was ich wirtschaftliche Hyperglobalisierung nenne. Und da habe ich noch gar nicht über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine gesprochen.

Und die Polarisierung findet vor allem in Ostdeutschland statt?

Dass der Osten diesen Herausforderungen gegenüber sensibler reagiert und schneller grundsätzlichen Protest artikuliert, ist offensichtlich. Das liegt an den Diktatur, aber

auch Revolutionserfahrungen in der DDR – aber auch an den Umbrüchen danach, mit Arbeitslosigkeit, Statusverlusten, Abwanderung und Missachtung.

Und das nutzt die AfD?

Die AfD bewegt sich in Ostdeutschland mit ihrem rechtspopulistischen, teils rechtsextremistischen Programm auf einer Traditionslinie. Die alten Populismen und Protestkulturen in der DDR wirken nach, auch die damals eingübte Gleichzeitigkeit von harter Staatskritik und paternalistischer Staatsnähe – genauso wie die Fehler im Vereinigungsprozess und in der Transformationszeit. Die AfD bündelt die Unzufriedenen aus fast allen Milieus und Lagern, weil sie gegenwärtig die einzig überregionale und breit sichtbare politische Partei ist, die sich dem etablierten Staats- und Demokratiemodell aller anderen Parteien entgegenstellt und deren Schwächen offenlegt. Ihre Alternativangebote bleiben aber nicht nur in Teilen extremistisch – und insofern undemokratisch.

Thüringen ebnet Weg für Landarztquote

Leichter Zugang zu Medizinstudium geplant

Hanno Müller

Erfurt. Die Thüringer Landesregierung hat den Entwurf eines Thüringer Hausärztesicherstellungsgesetzes beschlossen. Damit soll es Bewerbern für das Medizinstudium an der Uni Jena ermöglicht werden, über Vorabquoten leichter für das Hochschulstudium zugelassen zu werden. Die Chancen auf einen Studienplatz steigen, wenn sich Bewerber verpflichten, für mindestens zehn Jahre als Hausarzt in einer unterversorgten Region, vorzugsweise auf dem Land, zu arbeiten. Bezeichnet werden solche Quoten auch als Landarztquote. Die Quote soll in Thüringen bei etwa sechs Prozent liegen, das sind 17 der aktuell 286 Jenaer Studienplätze.

Thüringens Gesundheitsministerin Heike Werner (Linke) begründete das Gesetz mit Schwierigkeiten bei der Neu- und Nachbesetzung von Hausarztpraxen. „Während zu wenige junge Ärzte nachkommen, werden wir immer älter. Damit wächst der Bedarf an Hausärzten. Die Quote soll helfen, Praxen im ländlichen Raum zu sichern“, sagte Werner. Das Gesetz muss noch durch den Landtag. In Kraft treten soll es zum Wintersemester 2024/2025. Die Landesregierung setzt einen Landtagsbeschluss aus dem Jahr 2020 um, in dem eine Landarztquote gefordert wurde.

Laut CDU-Gesundheitsexperte Christoph Zippel hat Thüringen bei der Landarztquote wertvolle Zeit verschwendet. „Zwischen 2004 und 2021 ist entgegen dem Bundestrend die Zahl der niedergelassenen Hausärzte in Thüringen um 23,3 Prozent gesunken. Jetzt gilt es, das Gesetz vollständig vorzulegen, sodass auch eine Quote für Pharmazeuten und Zahnmediziner enthalten ist“, sagte Zippel.

Robert-Martin Montag, gesundheitspolitischer Sprecher der FDP, bezeichnete die Quote als Placebo und keine Kosmetik. „Damit wird netto kein einziger neuer Medizinstudienplatz geschaffen. Dabei brauchen wir erheblich mehr Mediziner“, sagte er.

In vielen Bundesländern gibt es eine Landarztquote. Sie liegt zwischen sechs und zehn Prozent der Studienplätze. Kritiker bemängeln, dass Absolventen zu einem frühen Zeitpunkt genötigt würden, sich beruflich festzulegen. In Schleswig-Holstein hatte die Ärztekammer die Landarztquote 2019 abgelehnt.

Deutlich mehr Verkehrstote

Erfurt. Deutlich mehr Menschen sind in diesem Mai bei Unfällen auf Thüringens Straßen gestorben als ein Jahr zuvor. 13 Menschen verloren im Mai 2023 ihr Leben im Straßenverkehr, im Mai 2022 waren es fünf gewesen. Die Gesamtzahl der Verkehrsunfälle ging in diesem Vergleichszeitraum von 4523 auf 4310 zurück, wie das Statistische Landesamt mitteilte. Verglichen mit dem April dieses Jahres stieg die Unfallzahl im Mai wiederum um 10,8 Prozent an. Elf Verkehrstote gab es im April: Allein bei einem schweren Autounfall bei Bad Langensalza (Unstrut-Hainich-Kreis) waren fünf Jugendliche und zwei Erwachsene gestorben. *dpa*

Zahl der Messerangriffe verdoppelt

Ausländische Tatverdächtige deutlich überrepräsentiert. Minister wollen bundesweites Lagebild

Fabian Klaus

Erfurt. Die Zahl der Messerangriffe hat in Thüringen binnen eines Jahres deutlich zugenommen. Das geht aus Daten des Innenministeriums hervor, die dieser Zeitung vorliegen. Der Linke-Abgeordnete Sascha Bilay hatte die Zahlen erfragt.

Demnach wurden 2022 insgesamt 267 sogenannte Messerangriffe in Thüringen gezählt. Im Jahr davor waren es 124 und 2020 insgesamt 106. Für Messerangriffe gilt seit 2020 bundesweit die Definition: „Messerangriffe im Sinne der Erfassung von Straftaten sind solche Tathandlungen, bei denen der Angriff mit einem Messer unmittel-

bar gegen eine Person angedroht oder ausgeführt wird.“

„Aus der Statistik ist ein dramatischer Anstieg zu erkennen“, sagt Sascha Bilay. Der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion stellt dabei fest, dass laut der vorgelegten Daten eine Vielzahl der Straftaten mit Messern nicht im öffentlichen Raum geschehen würden. Deshalb seien Messerverbotzonen nicht gerechtfertigt. Ganz anders sieht das der innenpolitische Sprecher der CDU, Raymond Walk. „Das Thema ist nicht klein zu reden, weil es sich hier um Fakten handelt“, sagt er und erneuert die CDU-Forderung nach Messerverbotzonen an bestimmten Orten. Walk nennt dabei



Sascha Bilay sitzt für Die Linke im Thüringer Landtag.

SASCHA FROMM

zuvorderst den Erfurter Anger, wo „ein Prozent aller Straftaten in Thüringen stattfinden würden“.

Deutlich überrepräsentiert bei den Tatverdächtigen sind weiterhin ausländische Bürger. 2022 lag ihr Anteil bei den Tatverdächtigen bei 40,8 Prozent. 2021 waren es 38 Prozent. Mit Blick auf die absoluten Zahlen zeigt sich allerdings ein

deutlicher Anstieg. Waren 2021 noch 49 nichtdeutsche Tatverdächtige in der Statistik gelistet, stehen hier 107 für das vergangene Jahr. 2022 lag der Anteil nichtdeutscher Bürger an der Gesamtbevölkerung in Thüringen bei 7,8 Prozent.

Die Justizministerkonferenz hat entschieden, ein Lagebild zu Messerangriffen zu erstellen. Denn diese würden „zu Recht als eine ernsthafte Bedrohung ihrer Sicherheit empfunden“, heißt es in dem Beschluss. Noch dieses Jahr sollen erste Daten vorliegen. Thüringen habe den Beschluss unterstützt, teilte das Justizministerium mit.

Ein solches Lagebild könne Hinweise auf gesetzgeberische Hand-

lungsnotwendigkeiten und -optionen, insbesondere außerhalb des Strafgesetzbuches, liefern. „So könnte etwa bereits im Vorfeld von Messerangriffen anzusetzen sein, was unserer Ansicht nach vorzugsweise gegenüber etwaigen Überlegungen zur Verschärfung von Strafvorschriften ist“, heißt es aus dem Ministerium weiter. Während bei den Messerangriffen ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen ist, bleibt die Zahl der Straftaten mit Messern – das sind zum Beispiel Sachbeschädigungen – relativ konstant. Insgesamt gab es 2022 in Thüringen 992 Straftaten mit Messern, die bei der Polizei registriert wurden, im Jahr davor 939.